Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/8375

30. 10. 90

Sachgebiet 96

Beschlußempfehlung und Bericht

des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuß)

a) zum Antrag der Abgeordneten Frau Schilling, Dr. Mechtersheimer und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/5679 —

Konsequenzen aus der Katastrophe von Ramstein

b) Antrag der Abgeordneten Horn, Heistermann, Erler, Fuchs (Verl), Gerster (Worms), Dr. Klejdzinski, Kolbow, Koschnick, Leonhart, Steiner, Zumkley, Dr. von Bülow, Gansel, Dr. Götte, Kühbacher, Leidinger, Nagel, Opel, Dr. Scheer, Schulte (Hameln), Voigt (Frankfurt), Dr. Soell, Walther, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD
— Drucksache 11/5681 —

Luftfahrtveranstaltungen in der Bundesrepublik Deutschland

A. Problem

a) Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/5679 —
Konsequenzen aus der Katastrophe von Ramstein

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, dafür Sorge zu tragen, daß keine Flugtage und Luftfahrtveranstaltungen mehr stattfinden. Für die Opfer von Ramstein solle es umfassende Programme zur finanziellen Entschädigung und psychologische Langzeithilfen geben.

Weiter solle der Deutsche Bundestag feststellen, daß für die Katastrophe in Ramstein die Bundesregierung sowie die amerikanische und die italienische Regierung verantwortlich seien.

b) Antrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 11/5681 —
Luftfahrtveranstaltungen in der Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesregierung wird aufgefordert, aus den im Untersuchungsausschuß Ramstein/Nörvenich gewonnenen Erfahrungen Konsequenzen zu ziehen, um Katastrophen bei Luftfahrtveranstaltungen wie in Ramstein künftig zu verhindern.

Vordringlich und kurzfristig zu erfüllende Forderungen seien:

— Verbot aller Flugdarbietungen bei „Tagen der offenen Tür". Verbot des Kunstfluges mit Strahlflugzeugen.

— Einführung eines schriftlichen Genehmigungsverfahrens.

— Verbesserung des Rettungs-, Sanitäts- und Katastrophenschutzwesens.

B. Lösung

Ablehnung beider Anträge

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

die Anträge — Drucksachen 11/5679 und 11/5681 — abzulehnen.

Bonn, den 24. Oktober 1990

Der Verteidigungsausschuß

Ronneburger	**Gerster (Worms)**	**Wilz**
Vorsitzender	Berichterstatter	

Bericht der Abgeordneten Gerster (Worms) und Wilz

I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 175. Sitzung am 15. November 1989 den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksache 11/5679 — Konsequenzen aus der Katastrophe von Ramstein — und den Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache 11/5681 — Luftfahrtveranstaltungen in der Bundesrepublik Deutschland — in erster Lesung beraten und sie federführend an den Verteidigungsausschuß und mitberatend an den Auswärtigen Ausschuß, den Innenausschuß und den Ausschuß für Verkehr überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuß und der Ausschuß für Verkehr haben die Anträge abgelehnt.

Der Innenausschuß hat den Antrag in der Drucksache 11/5679 abgelehnt. Zur Drucksache 11/5681 hat er auf die Abgabe eines Votums verzichtet.

Der Verteidigungsausschuß hat über die Anträge in seiner Sitzung am 14. Oktober 1990 beraten.

II. Wesentlicher Inhalt der Anträge

Die Fraktion der SPD fordert die Bundesregierung in der Drucksache 11/5681 auf, aus den im Untersuchungsausschuß Ramstein/Nörvenich gewonnenen Erfahrungen Konsequenzen zu ziehen, um Katastrophen bei Luftfahrtveranstaltungen wie in Ramstein künftig zu verhindern.

Vordringlich und kurzfristig zu erfüllende Forderungen seien:

— Verbot aller Flugdarbietungen bei „Tagen der offenen Tür" — Verbot des Kunstfluges mit Strahlflugzeugen.

— Einführung eines schriftlichen Genehmigungsverfahrens.

— Verbesserung des Rettungs-, Sanitäts- und Katastrophenschutzwesens.

Nach dem Inhalt des Antrages der Fraktion DIE GRÜNEN in der Drucksache 11/5679 soll die Bundesregierung dafür Sorge tragen, daß keine Flugtage und Luftfahrtveranstaltungen mehr stattfinden. Für die Opfer in Ramstein solle es umfassende Programme zur finanziellen Entschädigung und psychologische Langzeithilfen geben.

Weiter solle der Deutsche Bundestag feststellen, daß für die Katastrophe in Ramstein die Bundesregierung sowie die amerikanische und die italienische Regierung verantwortlich seien.

III. Zu den Beratungen im Verteidigungsausschuß

Das Bundesministerium der Verteidigung trug Überlegungen zur künftigen öffentlichen Darstellung der fliegenden Verbände vor. Wenn man mit dem Verteidigungsausschuß zu einem Einvernehmen gelange, wolle man nach Gesprächen mit dem Bundesminister für Verkehr und den Alliierten dem Verteidigungsausschuß der 12. Wahlperiode einen Gesamtbericht vorlegen.

Als Konsequenz aus der Katastrophe in Ramstein solle die Präsentation der Bundeswehr in der Öffentlichkeit neu gestaltet werden. Flugtage werde es nicht mehr geben, sondern nur noch „Tage der offenen Tür". Entsprechend der Empfehlungen der Steinhoff-Kommissionen solle die Darstellung des Flugbetriebs ausschließlich auftragsbezogen und unter hohen Sicherheitsauflagen in die Gesamtpräsentation der Streitkräfte eingebettet werden. Neben den Darstellungsformen Bodenausstellung und Flugbetrieb wolle man dem Kontakt zu den Besuchern angemessenen Raum geben. Flugvorführungen sollten aus Teilen des täglichen Ausbildungsbetriebes bestehen.

Das generell vorhandene, mit dem Flugbetrieb verbundene allgemeine Risiko solle durch neue Sicherheitsauflagen und Ausschluß nicht standardisierter Luftmanöver begrenzt werden. Erforderlich sei in jedem Fall ein schriftlicher Genehmigungsbescheid des Bundesministeriums der Verteidigung. Kunstflugmanöver werde es nicht mehr geben. Weiter sei eine weiträumige Trennung des Vorführungsraumes vom Zuschauergebiet vorgesehen.

Die Bundeswehr habe den zuständigen Bundesländern die SAR-Leitstelle Goch als zentrale Leitstelle aller Luftrettungsmittel einschließlich der zivilen Kräfte bei Eintritt eines Großschadensereignisses angeboten.

Man habe auch die Schadensabwicklung so durchgeführt, daß den Betroffenen, soweit dies überhaupt gehe, ein materieller Ausgleich gewährt worden sei.

Die Fraktion der CDU/CSU begrüßte die vom Bundesministerium der Verteidigung vorgetragenen Überlegungen. Sie trügen dem Rechnung, was sie — die Fraktion der CDU/CSU — als Folge des Untersuchungsausschusses Ramstein/Nörvenich gefordert habe. Die Fraktion der CDU/CSU sah es als wichtig an, daß es keinen Sensationskitzel mehr geben solle. Kunstflug und ein Überfliegen der Zuschauer dürften nicht mehr stattfinden. Tage der offenen Tür, bei denen die Teilstreitkräfte ihr Gerät und auch ihre Ausbildung zeigten, halte man für sinnvoll. Die Fraktion der CDU/CSU richtete an das Bundesministerium der Verteidigung die Bitte, bald ein mit den Alliierten abgestimmtes endgültiges Konzept vorzulegen.

Die Fraktion der SPD brachte zum Ausdruck, daß die Überlegungen des Bundesministeriums der Verteidigung in die richtige Richtung gingen. Zu kritisieren sei, daß es so lange dauere, bis ein mit den Alliierten abgestimmtes Ergebnis vorliege. Man sehe dies als nicht so schwerwiegend an, weil das Bundesministerium der Verteidigung zugesagt habe, daß derartige Veranstaltungen nicht stattfinden sollten, bevor die Überlegungen abgeschlossen seien, und weil die Fraktion der SPD nicht darauf dränge, daß möglichst bald wieder solche Veranstaltungen stattfänden.

Von seiten der Fraktion der FDP wurde erklärt, daß sie das bisherige Vorbringen des Bundesministeriums der Verteidigung als Zwischenbericht betrachte. Man nehme es zur Kenntnis und nehme eine Bewertung nicht vor, solange es nicht schriftlich vorläge. Das Bundesministerium der Verteidigung solle nun mit den anderen betroffenen Ressorts und mit den Verbündeten Gespräche führen.

Die Fraktion DIE GRÜNEN/Bündnis 90 äußerte, der einzige Unterschied, den sie gegenüber den früheren Flugtagen sehe, bestehe darin, daß nunmehr eine schriftliche Genehmigung vorliegen müsse. Wenn gesagt werde, es solle kein Kunstflug mehr stattfinden, so wolle man demgegenüber darauf aufmerksam machen, wie schwierig es im Untersuchungsausschuß Ramstein/Nörvenich gewesen sei, den Kunstflug zu definieren. Der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN in der Drucksache 11/5679 spreche auch weitere Anliegen an, auf die bislang nicht in ausreichender Weise eingegangen worden sei.

Der Verteidigungsausschuß lehnte den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN in der Drucksache 11/5679 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE GRÜNEN/Bündnis 90 und bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD ab.

Den Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 11/5681 lehnte der Ausschuß mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE GRÜNEN/Bündnis 90 ab.

Bonn, den 29. Oktober 1990

Gerster (Worms) **Wilz**

Berichterstatter



Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0722-8333